

Laibacher Zeitung.



Nr. 90.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halb. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzl. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halb. fl. 7.50.

Freitag, 20. April

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr., u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1866.

Amlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben Allerhöchsthren geheimen Rathe, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag Feldmarschall-Lieutenant Ferdinand Freiherrn v. Langenau, dann dem Oberlieutenant im Graf Vellachich 69. Infanterieregimente Alfred Freiherrn v. Henneberg die I. I. Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Bei dem in der Nacht vom 28. auf den 29. März l. J. in der Ortschaft Oroglo Bezirks Krainburg ausgebrochenen Brande, welcher mit rasender Schnelligkeit um sich griff und in kurzer Zeit die Wohn- und Wirtschaftsgebäude von 10 Grundbesitzern nebst einer Kasse in Asche legte, geriethen 6 Personen der Familie Plebcar in die augenscheinlichste Todesgefahr, und es ist nur der raschen und aufopfernden Hilfe, welche der Invalide Johann Saloschnil im Vereine mit den Insassen Markus Kmann, Egidius Streicher und Johann Zhermiz, sowie mit dem Bezirksdiener Mathias Waidhauser, trachten, zu danken, daß diese Personen dem Tode durch die Flammen entzogen wurden.

Für diese mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung hat die I. I. Landesbehörde den obgenannten Rettern die gesellichen Lebensrettungsthaten im Gesamtbetrage von 157 fl. 50 kr. bewilligt und es wird zugleich deren aufopfernde That zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der I. I. Landesbehörde für Krain.
Laibach am 13. April 1866.

Nichtamlicher Theil.

Laibach, 20. April.

Die preussische Antwortnote dürfte uns um keinen Schritt der Entscheidung näher gebracht haben, wenigstens läßt ihre Abfassung noch immer die Möglichkeit weiterer Verhandlungen zu. Insofern aber der Charakter der Note ein wesentlich dilatorischer zu sein scheint mit der Absicht, Oesterreich zu ermüden, seinen Gebuldsfaden endlich aufs äußerste zu spannen, dürfte die Hoffnung auf eine endgiltige Beseitigung der Kriegsgefahr noch keine begründete sein.

„Es ist an der kaiserlichen Regierung, die Initiative zu ergreifen, um ihrerseits die Dislokationen und verwandten Maßregeln, die sie zugestandenermaßen vor irgend einer Andeutung preussischer Rüstungen begonnen hat, rückgängig zu machen, also den status quo ante herzustellen, wenn sie die Gegenseitigkeit in den abgegebenen Erklärungen auch auf die tatsächlichen Verhältnisse angewendet zu sehen wünscht.“

Diese Worte, welche die nachgerade schon abgeschmackte Kontroverse rücksichtlich der Priorität der Rüstungen immer wieder in den Vordergrund zu drängen suchen, beweisen genugsam die Hartnäckigkeit, mit der das preussische Kabinett den Verdacht einer eventuellen Friedensführung von sich abzuwälzen bestrebt ist. Soll Oesterreich nun vielleicht zum größten Ueberflusse noch einmal die Versicherung abgeben, die es schon so oft und feierlich abgegeben hat?

Zimmer lauter werden daher die Stimmen, welche den Krieg als unvermeidlich erklären und von nahe bevorstehenden Rüstungen im großen Umfange sprechen. Dieser Auffassung stehen aber nach einer Wiener Korrespondenz der „Tagespost“ folgende Thatsachen gegenüber: Erstens, daß Vatern in Wien neuerdings erklärt hat, es hoffe mit Bestimmtheit darauf, daß seine Vermittelungsvorschläge in Berlin nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen seien, ferner, daß Graf Karolvi, unser Gesandter in Berlin, nach Wien berichtet habe, daß Preußen zwar die bereits erlassenen Mobilisirungsordres nicht zurücknehmen, aber auch nicht weiter gehen werde. In Folge dieses Berichtes wurden denn auch mehrere Verfügungen militärischer Natur, die bereits zur Veröffentlichung gelangen sollten, zurückgenommen. — So wollen wir denn hoffen, daß es den vielfach gemeldeten Vermittelungsversuchen fremder Kabinete gelingen werde, uns und Europa das höchste Gut zu erhalten — den Frieden! —

Gegenüber den jüngst wieder aufgetauchten Gerüchten von einer im Zuge befindlichen Ministerkrise schreibt die „West. Ztg.“: Endlich wieder einmal eine frische, freie, fromme und fröhliche Ministerkrise, und zwar im größeren Maßstabe. Graf Esterhazy scheidet aus dem Kabinett, weil er „absolut“ gegen die Bewilligung

eines ungarischen Ministeriums ist, aber auch Graf Belcredi tritt ab, weil er mit dem Grafen Esterhazy, gegen die zum „energischeren“ Handeln gestimmten Minister des Auswärtigen und des Krieges, „unbedingt“ die Erhaltung des Friedens will. Wir werden diese neueste Seeschlange einfach mit dem Hinweis ihrem Schicksal überlassen dürfen, daß sie selbst dort, wo man sonst in der Konservirung ähnlicher interessanter Angehener einen prinzipiellen Eifer zu entfalten pflegt, nur einer kurforischen Erwähnung werth erachtet ist. Eines ernsthaften Dementis scheint die jüngste Vision einer jederzeit regen Phantasie weder fähig noch bedürftig.

Preussische Rüstungen.

Man schreibt der „Militärzeitung“ von der schlesischen Grenze: Ich erhalte glaubwürdige Nachrichten über thatsächliche Rüstungen und Armirungen aus dem Nachbarstaate. Wenn es auch wahr ist, daß die Reserven vorläufig noch nicht einberufen worden sind, was am Ende doch in den letzten Tagen ohne Schwierigkeiten geschehen kann, so rüstet man trotz alledem über Hals und Kopf. Namentlich betrifft dies die Festungen in unserer Nähe. Es ist mir indeß als erfahrenem Soldaten sonderbar erschienen, daß bei den Vertheidigungs-Anstalten derselben vorerst jene Dinge in Angriff genommen werden, die in der Regel nach erfolgter Kriegserklärung geschehen; wie z. B. die Rüstung der Glacis, die Bewirkung der Inundation u. s. w., während dasjenige, was die größte Kraftanstrengung erfordert: Wälle, Brustwehren, Plattformen, Errichtung von Hauptmagazinen u. dgl. bis jetzt ganz unberücksichtigt gelassen wurde. Die preussischen Ingenieure sind bekanntlich sehr gelehrte Herren, sollte hier nur die Theorie zu Hause sein, das wäre kein Kompliment für dieselben, obgleich sich in der Praxis bei dem Angriff auf die Düppler-Schanzen manches gezeigt hat, was diese Annahme zu bestätigen scheint. Ich unterschätze unsere bisherigen Verbündeten aus eigener Erfahrung nicht, aber eine Furcht können sie uns keineswegs einflößen, wenn sie auch ihren Prinzen Karl ob seiner Erfolge in Schleswig jetzt schon mit unserem Erzherzog Karl auf gleiche Stufe stellen; eine Parallele, die nur eine verunglückte Auflage Nabezh und Wrangel bildet. Mir dünkt vielmehr die Parallele zutreffender, daß der Schwager des Kaisers Nikolaus die deutsche, sowie der letztere die orientalische Frage zu lösen sich berufen glaubt; das Experiment des Nikolaus hatte aber bekannt total fehlgeschlagen!

Auch der „Wanderer“ erhält Nachrichten, welche zeigen, daß Preußen über Hals und Kopf rüstet. Man telegraphirt ihm nämlich aus Oberberg, 17. April: „Seit gestern Morgens verlassen die in den angrenzenden preussischen Ortschaften domizilirenden Uelauer, Reservisten und Landwehrmänner ihre Familien, um sich in den Kreisstädten zu konzentriren. Von Ratibor aus werden gedruckte Kundmachungen nach dem platten Lande versendet, welche die Familien der Einberufenen zu beruhigen bestimmt sind. Die preussische Grenzgendarmarie ist auf den dreifachen Stand gebracht.“

Oesterreich.

Wien, 17. April. Der Reise, welche letzte Nacht der Bruder des Kaisers, Herr Erzherzog Ludwig Viktor, nach München angetreten, legt man — so schreibt ein hiesiger Korrespondent der „Gr. Ztg.“ — unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine entschieden politische Bedeutung bei. Daß er Ueberbringer eines kaiserlichen Handschreibens an den König von Baiern sei, wie man sich erzählt, dürfte übrigens wohl nur eine willkürliche Konjektur sein. Erzherzog Ludwig Viktor, ein Altersgenosse Ludwigs II., steht zu diesem in intimen persönlichen Beziehungen und wäre jedenfalls ein im Palaste des Königs willkommenen Träger einer Mission.

— 18. April. Aus Berlin geht dem „N. Frdbl.“ die Nachricht zu, daß der Kaiser von Rußland die Vermittelung oder vielmehr die Beseitigung der Kriegsgefahr nicht bloß als befreundete Macht, sondern mit aller Energie betreibt.

Jansbruck, 15. April. Die allerhöchste Entscheidung in Angelegenheiten der Religionsfrage ist soeben herabgelangt. Se. Majestät haben nämlich mit der allerhöchsten Entschliegung vom 7. l. M. dem vom tirolischen Landtage beschlossenen Gesetze betreffend die Bildung evangelischer Pfarrengemeinden oder Filialen innerhalb der Landesgrenzen der ge-

fürtesten Grafschaft Tirol die allerhöchste Sanktion allergnädigst zu ertheilen und den Inhalt der vom Landtage gleichzeitig beschlossenen Allerhöchstdenselben vorgelegten Adresse zur allerhöchsten Kenntniß zu nehmen geruht. Das Gesetz lautet dahin, daß die Bildung selbständiger Gemeinden oder Filialen des evangelisch-augsburgischen oder helvetischen Bekenntnisses, von welcher Bildung das Recht der Ausübung des öffentlichen Gottesdienstes abhängt, innerhalb der Landesgrenzen der gefürtesten Grafschaft Tirol von den kompetenten Behörden nur über Einverständnis des Landtages bewilligt werde. In der Adresse wurde die Bitte gestellt, die Gefahr abzuwenden, welche dem Lande droht, wenn die Beschränkung der Beschäftigung der Nichtkatholiken in Tirol nicht ausgesprochen wird, mit anderen Worten, um die Gewährung des vierten Petitionums des Landtagsbeschlusses vom 25. Februar 1863, auf welche Beschränkung mit der allerhöchsten Entschliegung vom 17ten November 1865 nicht eingegangen wurde. (Im gegenwärtigen Momente dürfte die Frage doppelt wichtig und interessant sein, wie sich das neue Gesetz mit der deutschen Bundesordnung vereinigen läßt.) (Frdbl.)

Prag, 17. April. „Politik“ nimmt heute die Bitte des galizischen Landtages um eine Hofkanzlei für Galizien gegen die Angriffe der zentralistischen Organe in lebhafter Weise in Schutz und faßt bei dieser Gelegenheit ihr Urtheil hierüber in Folgendem zusammen: „Diese Bitte ist so natürlich und so begründet, daß jeder dies einsehen sollte. Jedermann wird zugeben, daß der Regierung selbst daran liegen muß, auf einem praktischeren Wege als bisher die eigenthümlichen Verhältnisse und Bedürfnisse dieses Landes kennen zu lernen. Die bisherige Methode der bürokratischen Berichte hat sich nicht bewährt, sie hat bekamtlich gerade zu entgegengesetzten Resultaten geführt. Niemand kann besser die Regierung über die jeweilige Lage des Landes unterrichten, als ein Landeskind, eine Persönlichkeit, welche mit den Landesverhältnissen bekannt ist und über deren Ergebenheit an die Krone kein Zweifel obwaltet, welche die Interessen ihres Vaterlandes nach aufgeklärten Prinzipien auf den unumstößlichen Glauben an den hohen Beruf Oesterreichs stützt und auf diese Weise der wahre Vermittler seines Vaterlandes mit dem Throne wird. Die Staatsaktion möge wie immer ausfallen, so ist das sicher, daß Oesterreich, wenn es sich selbst nicht schaden will, der Bitte um den Hofkanzler im eigenen Interesse willfahren sollte.“

Pest, 16. April. Die Pester städtische Deputation, welche Sr. Majestät den Dank der Stadt Pest für die Entfernung der Pulverthürme zu überbringen beauftragt ist und deren Abreise nach Wien ursprünglich auf gestern anberaumt war, wird erst morgen mit dem Schnellzuge hinaufreisen. Die Mitglieder dieser unter Führung des Oberbürgermeisters Leopold Rottenbiller stehenden Deputation sind die Herren: Ignaz Berger, Rudolf Fuchs, Stefan Schaffenberger, Heinrich Schoßberger, Karl Emerling, Ludwig Cserny und Josef Madag. Der städtische Oberbuchhalter ist dieser Deputation mit dem heutigen Abendzuge vorausgeeilt, da der Bürgermeister noch mehrere Angelegenheiten, wie Entschädigung für Polizei- und Gerichtsanslagen, ferner für Militär-Prästationen von 1849—1851 bei den betreffenden Ministerien zu betreiben beabsichtigt. — Ueber eine seltene Feier, die Gründung einer neuen Ortschaft bei Titel, berichtet man dem „Bdöl tanusa“ Folgendes: Die im Torautaler Komitat liegenden Ortschaften Wemet-Giska und Zsigmondfalva, welche in Folge der Urbarialverhältnisse gänzlich zu Grunde gegangen sind, erhielten durch allergn. Verfügung Sr. Majestät vom 8. Dezember v. J. die Bewilligung, die im deutsch-banater Grenzregiment an der Theißmündung liegende fogenannte Perlasser Wiese gegen die Fluthen der Donau und der Theiß einzudämmen und auf dem so sichergestellten Grunde eine neue Ortschaft mit dem Namen „Rudolfsgrub“ zu gründen. Nachdem nun die Vorarbeiten beendet und die Gründe unter 380 Familien vertheilt waren, fand am Ostermontag die feierliche Uebersiedlung der Kolonisten Rudolfsgrub's aus ihrer bisherigen Heimat statt. Zunächst wurde ein in Prozeßion herbeigetragen, mit Blumen bekränzt Kreuz errichtet und vor demselben der erste Gottesdienst der entstehenden Ortschaft abgehalten. Hierauf fand unter freiem Himmel ein Bankett statt, bei welchem Toaste auf Se. Majestät, auf Se. I. I. Hoheit den Erzherzog Rudolf, dessen Namen die Ortschaft führen wird, und viele andere hohe Personen, wie auch auf die neue Ortschaft selbst und deren Gründer ausgebracht wurden.

Neufaz, 13. April. Im „Serbobran“ beweist G. Stratimirovic die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der magyarischen Hegemonie, nachdem die alte absolute und feudale Verfassung mit einer demokratischen vertauscht worden. Wer in der Politik A sage, der müsse auch B sagen. Freiheit und bürgerliche Gleichberechtigung seien entweder vom Standpunkte einer bestimmten ehrlichen Politik unmöglich, oder sie müssen, einmal verkündet, auch auf das angeborene Recht der Völker ausgedehnt werden, auf das sie als politische Individualitäten leben und aus sich selbst heraus sich entwickeln. Die für das absolute Europa gut gewesene Staatsform der Zentralisation müsse auch in Ungarn der Dezentralisation, der Staatsform des modernen demokratischen Europa weichen.

— Aus **Treviso**, 11. April, wird der „Sent. Bresce“ geschrieben, daß die österr. Truppen in Italien eher vermindert als vermehrt werden.

Rusland.

München, 15. April. Der k. württembergische Staatsminister Freiherr v. Varnbüler wird, nachdem er gestern und heute vielfach mit Freiherrn v. d. Pfordten konferirt hatte, morgen früh unsere Stadt wieder verlassen und nach Stuttgart zurückkehren. — Die „Baier. Ztg.“ bemerkt: Der Besuch des Freiherrn v. Varnbüler in München ist wohl zunächst als eine Erwiderung des Besuches aufzufassen, welchen der kön. bayerische Staatsminister des Aeußern vor längerer Zeit in Stuttgart gemacht hat. Daß jedoch während der Anwesenheit des Freiherrn v. Varnbüler auch Erörterungen über die politische Lage stattgefunden haben, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen selbstverständlich. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, haben die darüber gepflogenen Besprechungen eine erfreuliche Uebereinstimmung der Anschauung beider Nachbarstaaten erkennen lassen.

Florenz, 12. April. Ich brauche Ihnen kaum erst zu sagen, daß der Bismarck'sche Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes durch das allgemeine Stimmrecht hier ebenso, wie wohl überall, einen ungeheuren Eindruck gemacht hat. Es wird Sie interessieren, das Urtheil unserer politischen Kreise zu vernehmen. Vor allem glaubt man, daß die Kriegesgefahr nicht vermindert, aber vertagt sei. Ich lasse dahingestellt, inwieweit dies der italienischen Regierung erwünscht sein mag, und will es nur als meine persönliche Meinung angesehen wissen, wenn mir diejenigen, welche die Dinge unter dem politischen Gesichtspunkte betrachten, mit dem Aufschub zufriedener scheinen, als jene, welche von dem militärischen Gesichtspunkte aus urtheilen. Ja, die Politiker sehen den jüngsten Schritt des preussischen Kabinetes geradezu als eine Garantie an und ihr Mißtrauen gegen Preußen hat bedeutend abgenommen. Welches immer die geheimen Gesinnungen und letzten Absichten der preussischen Staatsmänner seien, so sei es gewiß, daß Preußen sich in einer Weise kompromittirt habe, die ihm kein Zurückweichen gestatte. Die deutsche Frage sei jetzt in einer Weise gestellt, daß sie in einem oder dem anderen Sinne gelöst werden müsse, und wenn Preußen nicht auf den Rang der Markgrafschaft Brandenburg zurückkehren wolle, so müsse es seinen letzten Mann und letzten Thaler daransetzen, daß die Lösung nicht im österreichischen Sinn ausfalle. Glauben Sie aber nicht, daß mit diesen Anschauungen eine große Bewunderung für Herrn v. Bismarck sich paare. Herr v. Bismarck hat zwar viel für die Italiener gethan, aber darum fällt es ihnen nicht ein, ihm den Ehrentitel des deutschen Cavour zuzuerkennen. Wie könnten sie auch, sie, die den echten Cavour besaßen und gekannt haben! Die Italiener haben ungemein viel politischen Verstand und sind in den letzten Jahren durch eine gute Schule gegangen. Sie können nicht die Eigenschaften eines großen Staatsmannes in Jemandem finden, der entweder eine Politik der Lanne oder eine Politik der Verzweiflung treibt; denn eine dritte Erklärung geben sie nicht zu. Sie sind geneigt zu denken, daß die von Herrn v. Bismarck so vermessen und lech wachgerufene Bewegung ihm zuletzt über den Kopf wachsen werde. An dieser Bewegung selbst zweifelt hierzulande kein Mensch; niemand denkt, daß die deutsche Nation von der ihr gebotenen Gelegenheit, ihre Geschichte in die eigene Hand zu nehmen, keinen Gebrauch machen könne.

— Das „Diritto“ hat jüngst einen Artikel gebracht, worin es die Effektivstärke der italienischen Armee für um mehr als die Hälfte geringer angab, als sie in der That beträgt. Die offizielle Zeitung hat dem demokratischen Blatt denn auch ein viel bemerktes Dementi ertheilt. Ich würde diesem Dementi, nach welchem die heute verfügbaren Truppen 354.000 Mann betragen, vielleicht einen weniger ernsthaften Glauben schenken, wenn es mir nicht von anderer maßgebender Seite bestätigt würde, welcher ich auch die weitere Notiz verdanke, daß mindestens 240.000 Mann innerhalb weniger Tage an jedem beliebigen Punkte Oberitaliens vereinigt werden können. — Giorgio Pallavicini, der bekannte Freund und Gefährte Manins, hat — obwohl der demokratischen Partei angehörig — sich in einem durch die Blätter veröffentlichten Briefe sehr energisch gegen das Auftreten der Linken in der Frage Mazzini ausgesprochen. Eine Partei, die aufrichtig die konstitu-

tionelle Monarchie wolle, so denkt Pallavicini, könne sich nicht zum Vertheidiger eines Mannes machen, der ausdrücklich erklärt, an die Stelle der Monarchie die Republik setzen zu wollen. (A. A. Z.)

Napel, 11. April. Seit meinem letzten Schreiben waren wir hier fast ununterbrochen fort Zeuge der aufregendsten Vorfälle und Tumulte, bald im bourbonischen Sinne, bald wegen der im Schooße des Municipiums und zwischen diesem und der Präfektur entstandenen Differenzen, bald aus Anlaß der Wahl Mazzini's zum Kammerdeputirten u. s. w. Die jüngsten und bedenklichsten Erzeße gingen von den Studenten, namentlich von den Mediziniern, aus, nahmen mehrere Tage in Anspruch und dauern in ihren beunruhigenden Nachwirkungen eigentlich noch fort. Den angeblichen Anlaß dazu gab ein Dekret des früheren Ministers Natoli, welches anordnete, daß man, der Ersparniß wegen, mehrere der mündlichen Rigorosen für das medizinische Doktorat an einem und demselben Tage auf einmal abzulegen habe, und welches, trotz allen theilweise auch von den Professoren selbst nach Florenz gerichteten Protesten auch vom neuen Minister nicht zurückgenommen worden war. Die dabei vorgefallenen Dinge waren sehr ernster Natur. Die gleichzeitig mit Arbeitern und Handwerkern zusammengetretenen Studenten erstürmten förmlich das Universitätsgebäude, jagten alle aus den Lehrstuben hinaus, zertrümmerten Bänke, Tische, Sesseln und Fenster, insultirten den Universitätsrektor, bewarfen die Professoren Seacht, Asproni und Galozzi, welcher letzterer sogar mit Dolchen angefallen wurde, prügelten ein paar als Vermittler und Beschwichtigter sich einmischende Quästuragenten durch, sperren sämtliche Lokale, obwohl in einigen derselben noch mehrere Schuldner sich versteckt aufhielten, vollständig ab und trugen sodann, nachdem sie über das Universitäts Thor die Worte: „Zu vermieten“ geschrieben und an den Mauern eine Art Kundmachung im subversivsten Sinne an die gesammte Studentenschaft angeschlagen hatten, die betreffenden Schlüssel prozessionsweise zum Municipium, wo sie jedoch Herr Carrano inmitten einer ganzen Cohorte von Sicherheitswachen ziemlich barsch empfing und besagte Schlüssel sogleich durch den Assessor Del Re dem Universitätsquästur zurückstellen ließ, der sich dann sogleich beeilte, die in verschiedenen Hörsälen eingesperrten und zu Tode erschrockenen Individuen wieder freizulassen. Indessen hatte eine andere Studentenabtheilung die Klinik, genannt „Gesu e Maria“, überumpelt, dort mehrere der vor Angst und Schmerz zitternden Kranken halb nackt aus den Betten geworfen, dem bekannten Professor Tomucasi eine Zustimmungserklärung abgezwungen und noch hundert Alte der rohsten Brutalität verübt. Gleichzeitig nahm in der ganzen Stadt die Aufregung mit jeder Stunde zu und die meisten der Gewölbe und Läden wurden frühzeitig geschlossen. Am Morgen des folgenden Tages, das heißt vorgestern, fand im Hause des Professors Fioretti ein Studenten-Meeting statt, bei welchem die unglaublichsten Dinge gesprochen und wiederholt die Rufe „Es lebe Mazzini!“ und „Nieder mit den regierenden Spitzbuben“ gehört wurden. Endlich schritt eine Abtheilung Carabiniere sogar mit den Waffen ein, bekam aber erst nach blutigen Zwischenfällen und zahlreichen Arrestirungen, gegen die gestern wieder von einer Studentenkorporation bei der Quästur vehement protestirt wurde, vollständig die Oberhand. Seitdem ist die Universität behördlich geschlossen, die studierende Jugend provisorisch beurlaubt und eine kommissionelle Untersuchung über das Ganze eingeleitet worden.

Kopenhagen, 17. April. In der heutigen Sitzung des Reichsrathesvolksthings wurde der Komiteevorschlag betreffend die Pensionirungsfrage in zweiter Lesung fast einstimmig angenommen; es heißt jedoch, daß die deutschen Kommissäre die Schlussratifikation beanstünden, da die vorgeschlagene Abfindung der ehemaligen Beamten der Herzogthümer einer loyalen Durchführung der getroffenen Stipulation widerspräche.

Aus **Galacz** wird geschrieben, daß der türkische Pascha in Rusktschul den Befehl ertheilt habe, sämtliche im dortigen Hafen befindliche Schiffe nach etwa für die Moldau und Walachei bestimmten Waffen zu durchsuchen. Der englische und italienische Consul protestirten nicht allein gegen diesen Befehl, sondern gaben sogar den in der Sulina-Mündung stationirten englischen und italienischen Dampfstanonenbooten Befehl, die Rauffahrtschiffe ihrer Nation gegen jeden Uebergriff von türkischer Seite zu schützen. Der Pascha sah sich dadurch genöthigt, den Befehl zurückzunehmen.

Aus **Bessarabien** gehen den „N. Frdbl.“ folgende Mittheilungen zu: Die Truppenbewegungen im Süden Rußlands werden von der deutschen und französischen Presse ganz unrichtig beurtheilt. Man legt denselben politische Motive bei und glaubt, daß eine Truppenkonzentration an der Grenze gegen die Fürstenthümer beabsichtigt sei. Dem ist aber nicht so, die Truppenbewegungen haben vielmehr einen ganz friedlichen Charakter. Es sind nämlich 30.000 Mann zum Baue der Bahn von Odesja nach Kiew beordert. Wie dies bisher bei allen russischen Eisenbahnbauten gehalten wurde, werden die Erdarbeiten und der Unterbau von Soldaten ausgeführt. Es soll damit nicht gesagt sein, daß die russische Regierung nicht daran denkt, die Grenze zu besetzen, sie hält es aber insolange nicht für nothwendig, als in den Fürstenthümern nicht eine

Wendung eingetreten ist, welche eine Verletzung der Traktate wäre. Die gegenwärtigen Truppenbewegungen haben aber durchaus keinen politischen Charakter.

Mexico. Wie das „Memor. diplom.“ erfährt, ist der Kaiser im Begriff, einen für die Industrie und den Handelsverkehr des Landes sehr wichtigen Entschluß zu fassen. Bisher war nämlich die Ausfuhr von Erzen verboten, so daß einer der wichtigsten Zweige des nationalen Reichthums unproduktiv bleiben mußte. Ein deutscher Ingenieur hat nun den Vorschlag zur Aufhebung dieses Verbotes und zur Gründung einer Gesellschaft gemacht, welche die Erze ausführen und nach dem vervollkommenen europäischen Verfahren auscheiden würde. Die betreffende Gesellschaft werde keine Subvention verlangen, sondern sogar dem Staate noch Vortheile anbieten, die man auf jährlich etwa 125 Mill. Fr. anschlagen könnte. Nach dem „Memor.“ soll die Regierung des Kaisers Maximilian sehr bereitwillig auf einen Vorschlag eingegangen sein, der gleichzeitig dem Staatschacke wie der Privatindustrie von so großem Nutzen zu werden verspricht. — Der „France“ zufolge ist der bisherige mexikanische Gesandte in Paris Herr Hidalgo in Anerkennung seiner glänzenden Dienste zum Staatsrath ernannt worden. Erst nach Ankunft seines Nachfolgers wird Herr Hidalgo dem Kaiser Napoleon sein Abberufungsschreiben überreichen. — Der „Patrie“ gehen über New-York Nachrichten aus Matamoros vom 25. März zu, welche melden, daß die französische Kolonne, welche als Verstärkung von General Donai abgefannt worden war, dem Corps des Quaristengenerals Maranzo zwei Kämpfe geliefert hat, wodurch es vollständig zerstört wurde.

Tagesneuigkeiten.

Se. kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer, Protektor des k. k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie, haben auf Grundlage des §. 22 der Statuten dieser Anstalt zu Korrespondenten des Museums ernannt: Den Präsidenten des steiermärkischen Vereins für Kunstindustrie Grafen Franz v. Meran; den k. k. Kammerer und Landtagsabgeordneten Grafen Johann Waldstein; den Landtagsabgeordneten Grafen Emanuel Andrássy; den Präsidenten der k. ungarischen Akademie der Wissenschaften Joseph Freiherrn v. Ötvös; den Freiherrn Johann Baptist Bethune in Brügge; den Vizepräsidenten des steiermärkischen Kunstindustrievereins, k. k. Major Alfred Ritter v. Frank; den Banquier und großherzoglich oldenburgischen Consul Gustav Epstein; den Abbe und erzbischöflichen Sekretär v. Henkelum in Utrecht; den Direktor des Gewerbevereins und Landtagsabgeordneten in Graz Ignaz Koch.

— Wie „N. D.“ berichtet, überreichte am 12. d. M. eine Deputation der Gemeinden des Napajedler Bezirkes unter Führung des Herrn Grafen Logothetti aus Brezopolj Sr. Majestät eine Dankadresse für das Septembermanifest und wurde auf das huldvollste empfangen. Am 11. d. M. hatte dieselbe Deputation Sr. Erzherzog dem Herrn Staatsminister eine Vertrauensadresse sammt Ehrenbürgerrechtsdiplom überreicht.

— Laut einer dem sorben erschienenen Staatshandbuche beigelegten Anündigung wurden von der Lebensversicherungsbank abtheilung des allgemeinen Beamtenvereins in der Zeit vom 1. Oktober 1865 bis Ende März 1866 1571 Versicherungsverträge über ein versichertes Kapital von 1,263.779 fl. abgeschlossen. Die entfallenden Jahresprämien betragen 46.226 fl. 21 fr.

— Wie die „Pester Correspondenz“ meldet, ist Herr Franz von Deak an einem tatarischen Fieber erkrankt und wird einige Tage den Sitzungen der Deputirtenversammlung so wie den Ausschusssitzungen nicht beiwohnen.

— Wie der „Nar. Listy“ geschrieben wird, hat die strafgerichtliche Kommission in Angelegenheit des Przi-bramer Silberdiebstahls am Charfamtstag die ausgeübte Untersuchung beendet und Przi-bram verlassen. Im Ganzen wurden 20 Personen verhaftet. Demselben Blatte zufolge florirte der Silberdiebstahl am größten während der Zeit, als der Bergwerksdirektor im Landtage saß. Die Menge des im Leiche „Obora“ gefundenen Silbers beträgt bisher 14 Pfund 6 Loth.

— Der durch seine Darstellung der Alpennatur und namentlich durch sein Glognerpanorama berühmte Maler Bernhart hat sich für diesen Sommer die imposante und seines Pinsels würdige Aufgabe gestellt, ein Panorama von der Ortlersspitze zu entwerfen.

— Aus Frankfurt a. M. schreibt man der „N. Z.“ Zur Charakteristik der gegenwärtigen politischen Lage dürfte ein Bonmot des Freiherrn Karl v. Rothschild, Chef des hiesigen Hauses, sehr bezeichnend sein; er soll sich nämlich gegen einen Vertrauten geäußert haben: „Ich habe mich in Kriegsbereitschaft gesetzt.“ Man deutet dies Wort dahin, daß der Bankier es für wahrscheinlich hält, daß die Bundeskasse eines Tages ihm die Barzahlung von 5 Millionen, welche man als Depositär der Bundeskasse vertragmäßig von ihm verlangen kann, anmuthen könne. Für den Fall, daß diese Zahlung nicht sofort geleistet werden kann, hat das Bankhaus einen sehr beträchtlichen Betrag von Staatspapieren in der Bundeskanzlei hinterlegt, welche auf der Börse öffentlich à tout prix zu versteigern der Bund im oben bezeichneten Falle die Befugniß hätte. Notorisch ist es, daß das Bankhaus schon seit Wochen keinen Diskont mehr nimmt, während es sonst (um seine Kasse zu beschäftigen) gegen 600.000 fl. täglich aufkaufte.

Wie man in gewissen Gegenden den Aberglauben schürt, davon liefert folgende Geschichte einen Beweis, über welche der „Deb.“ von ihrem Klagenfurter Korrespondenten geschrieben wird: „Ein Bauer aus Hermagor schlug Holz, um ein Häuschen zu bauen, sah sich aber damit nicht aus und beschloß, das Holz zu verkaufen. Unterwegs begegnete ihm ein fremdes Männchen, das ihm rief, das Holz nur an einen Wirth und nur um 3 Maß Bier zu verkaufen. Der Bauer besorgte den Rath. Die erste Maß Bier verwandelte sich in die schönsten Getreidearten, die zweite in Blut und die dritte in klingende Münze. Der Bauer, hoch erfreut, begegnete auf dem Heimwege abermals dem fremden Männlein und selbes erläuterte ihm die Bedeutung dieser Bierverwandlung; das erste Wunder bedeute eine glänzende Getreideernte für heuer, das zweite Krieg fürs nächste Jahr und das dritte im Jahre 1868 Frieden und Gold in Hülle und Fülle.“ — So die Mährer und unser seit Jahrhunderten in Unwissenheit zurückgehaltene Landvolk glaubt an solche Dinge, wittert in dem alten Männchen den lieben Herrgott selbst, und die „Draupost“ kolportirt solche Mährer, ohne schließlich das Volk über solchen Unsinn aufzuklären und ihm den Wahn zu benehmen. Man sieht, uns fehlen tüchtige Schulen und aufgeklärte gut bezahlte Lehrer; ohne solche wird der heillose Aberglaube noch lange ein wirksames Mittel gegen politischen und sozialen Fortschritt bleiben!

Lokales.

Die Marienbruderschaft hat zur Unterstützung der Nothleidenden in den Bezirken Sittich, Seisenberg und Landstraß den Betrag von 150 fl. spendet.

Zur Berichtigung. In der Notiz über die Medaillenverleihung an Herrn Schifferer in Sarnitz wurde irrthümlich Herr Landesthierarzt Dr. Bleiweis anstatt des Herrn Dr. Bleiweis jun. in Krainburg als derjenige bezeichnet, der dieselbe vorgenommen hat.

Eingefendet.

Die bevorstehenden Wahlen für den Gemeinderath nehmen mit Recht die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Betheiligung an denselben ist Pflicht jedes patriotischen Wählers. Wir erlauben uns demnach, nach vorgängiger Besprechung und Vereinbarung allen Wählern nachstehende, das allgemeine Vertrauen genießende Kandidaten dringen zu empfehlen:

- Für den I. Wahlkörper:
 Herr Dr. Franz Suppantisch, Hof- und Gerichts-Advokat;
 „ Vinzenz Seunig, Realitätenbesitzer.
 Für den II. Wahlkörper:
 Herr Johann Brolich, l. l. Landesgerichtsrath;
 „ Dr. Heinrich Mitteis, l. l. Gymnasialdirektor;
 „ Dr. Friedrich v. Kallenegger, l. l. Finanzrath.
 Für den III. Wahlkörper:
 Herr Johann Komar, Hausbesitzer;
 „ Johann Pajl, l. l. Bezirkshauptmann;
 „ Nikolaus Rudholzer, Uhrmacher und Optiker;
 „ Johann Mauser, Hausbesitzer und Gastwirth.
 Viele Wähler.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wien, 19. April. (Agr. Ztg.) Die Magnatentafel nahm die Deputirtenadresse bei namentlicher Abstimmung mit 106 gegen 102 Stimmen an. Der Präsident Senneh setzte in einer längeren Rede auseinander, daß die Regierung an ihrem Programm betreffs der Herstellung des Rechtszustandes festhalte, und erklärte bezüglich des a. h. Reskriptes, daß ein Rückschritt hinsichtlich der in der Thronrede enthaltenen Verheißungen den Regierungsabsichten fernsteht. — „Zdöl“ zufolge haben die ungarischen Mitglieder der Regnikolar-Deputation den Grafen Anton Majlath, die der kroatischen den Bischof Strojmayr zu Präsidenten gewählt. Erste Gesamtberathung derselben soll morgen stattfinden.

Berlin, 18. April. Die gestrige Versammlung des ersten Berliner Wahlbezirks hat einstimmig folgende von den Abg. Vasker, Twisten, Tadel und Loewe unterstützte Resolution angenommen: Der Krieg zum Behufe der Annexion ist ungerechtfertigt. Der Bundestag ist eben so ungeeignet wie das Ministerium Bismarck, die Interessen Deutschlands wahrzunehmen und die schwebende Gefahr abzuwenden. Nur eine das volle Vertrauen des Volkes besitzende preussische Regierung ist heute stark genug, die verwirren Verhältnisse der Herzogthümer glücklich zu lösen und hieran die einzig mögliche Bundesreform unter Führung Preußens anzuknüpfen.

Berlin, 18. April. Die „Prov.-Korr.“ schreibt: Die Verbesserung der deutschen Bundesverfassung, besonders der Bundesmilitärverfassung, ist eine unabwiesliche Forderung der inneren und äußern Politik Preußens. Der langjährige innere Streit in Preußen entstand vornehmlich durch die Frage in Betreff der Militärlasten des preussischen Volkes. Diese Verpflichtungen mußten seither auch deshalb gesteigert werden, weil Preußen nicht bloß sich, sondern auch ganz Norddeutschland zu schützen hat. Für Preußens Gesamtpolitik ist es höchst wichtig, daß durch die Bundesreform die Möglichkeit gewonnen werde, eine Ausgleichung der Militärlasten Preußens gegenüber Deutschland und damit eine Ausgleichung des innern Zwiepaltes in Preußen zu finden. — Weiters schreibt die „P.-R.“: Mit der Antwort Preußens vom 15. April wird der Schriftstreit wohl fürs erste beendet sein. Oesterreich würde neue Friedensbürgschaften nur dadurch geben können, daß es seine Versicherungen durch einen ersten thatsächlichen Schritt bewährt. Die Anrufung des deutschen Bundes wird von österreichischer Seite schwerlich ausgeführt werden, da sie voransichtlich ganz erfolglos wäre. Der deutsche Bund könnte einen Einfluß auf die Beilegung der Differenzen durch ein aufrichtiges Eingehen auf den preussischen Bundesantrag üben. Vorläufig scheint es, als ob anzunehmen wäre, daß die Bemühungen einzelner mittelstaatlicher Politiker, um dies zu hindern, eitel bleiben; es scheint vielmehr, daß die Mehrzahl der Regierungen für die Vorberathung des Antrages in einer Spezialkommission stimmen werde. Die Behauptung, daß es der preussischen Regierung mit

ihrem Antrage nicht voller Ernst sei, dürfte durch das weitere Verhalten und Auftreten derselben nach allen Seiten die klarste und wirksamste Widerlegung finden.

Stuttgart, 18. April. Der „Staatsanzeiger“ ist aus zuverlässiger Quelle in den Stand gesetzt, die Antwort Oesterreichs auf die vielfach bestrittene Friedensdepesche Lord Russells ihrem Wortlaut nach zu veröffentlichen. In derselben heißt es: „Oesterreich wünscht ebensowenig wie England, den Frieden Europa's zu brechen. Es beschränkt sich, im Augenblicke sich defensiv zu halten; es verlangt keinen Zollbreit Landes und nimmt auch keinen an. Preußen habe sich Posen annektirt und wünscht vielleicht auch Vergrößerung durch Schleswig-Holstein. Oesterreich hat weder eine Elle vom ehemaligen Dänenlande genommen, noch wird es nehmen; es wird seine Ehre und die Rechte der deutschen Provinzen verteidigen. Oesterreich hat sich in der bündigsten Weise verpflichtet, die Rechte der Bevölkerung Schleswig-Holsteins zu unterstützen. — Die militärischen Streitkräfte Oesterreichs haben beigetragen, die Herzogthümer von Dänemark loszureißen; es wäre eine Schmach für Oesterreich, wenn dasselbe jetzt die Herzogthümer der Herrschaft Preußens überließe. Oesterreich beabsichtigt nicht, seinen Willen den Herzogthümern aufzulegen, ist aber der Ansicht, daß die Herzogthümer unter einem unabhängigen Monarchen vereinigt sein sollten; wenn dies nicht der Fall, so wären sie besser zur Hälfte mit dem Dänenreiche vereinigt geblieben. Wenn aber die Herzogthümer anderer Ansicht wären, würde Oesterreich nicht interveniren; alles was es will, ist, daß der Wille der Bevölkerung beachtet und die Majorität in Bundesfragen gebührend anerkannt werde. Die Armee Preußens sowohl wie die österreichische ist aus den Herzogthümern zurückzuziehen; die Bevölkerung der Herzogthümer soll sich selbst unter dem Schutze einer durch den Bundestag dazu erwählten Macht überlassen werden. Sodann sei nach einem Zeitraum von drei Monaten dem Volke zu gestatten, in einer allgemeinen Abstimmung zu entscheiden, welche Art Regierung es will. Oesterreich werde den Beschluß akzeptiren, selbst wenn er zu Gunsten einer Annexion mit Preußen lauten würde. Die Vorstellungen Englands wären daher ausschließlich nach Berlin zu richten. Oesterreich ergreift die Waffen nur, seine Ehre und nationalen Rechte zu verteidigen. Wenn England die Verträge achtet, muß es sich auf Seite Oesterreichs stellen, welches die durch England im Jahre 1815 feierlich anerkannten Rechte verteidigen will.“ — Zu einer Korrespondenz der „Frankf. Postz.“ aus Dresden, worin behauptet wird, das sächsische Kabinet gehe mit dem bairischen in der deutschen Frage Hand in Hand, und es sei bereits ein Programm zwischen beiden Regierungen vereinbart, welches in Wien bekannt und gebilligt worden sei, bemerkt der „Staatsanzeiger für Württemberg“: „Wir ergreifen gern die Gelegenheit zu der Erklärung, daß auch wir allen Grund haben zu glauben, die obige Darstellung der Sachlage für vollkommen begründet zu halten.“

Kopenhagen, 18. April. „Dagbladet“ schreibt: Die Regierung hat Mittheilungen erhalten, die sie zu einem Hervortreten aus der bisherigen passiven Stellung nöthigen; möglicherweise werden bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt. Die Aufgabe der Regierung ist Neutralität, aber die Entwicklung der Verhältnisse ist vielleicht unwiderstehlich. Bei kluger Benützung der Umstände ist die Möglichkeit einer theilweisen Erstattung des Verlustes gegeben. — Legationssekretär Fyris hat Depeschen des Grafen Moltke aus Paris an den Minister des Außern überbracht. — Die internationale Kommission hat gestern das Protokoll endgiltig unterzeichnet.*

* Die „Tr. Ztg.“ fügt dieser Depesche nachstehende Bemerkung bei: Die Hoffnungen der dänischen Regierung scheinen sich auf eine Rückgabe von Nordschleswig zu beziehen. Herr v. Bismarck träge dadurch zwei Fliegen mit einer Klappe: er würde sich bei einem allfälligen Kriege mit Oesterreich Dänemark vom Leibe halten und sich gleichzeitig die wohlwollende Neutralität Kaiser Napoleons — ja vielleicht noch etwas mehr — sichern, der bekanntlich die dänisch lebende Bevölkerung Nordschleswigs stets unter seine besondere Protection nahm. Es läßt sich übrigens nicht leugnen, daß diese Zetelungen mit Dänemark, der Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments, die „einstimmige“ Erwählung des Prinzen von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien u. d. m. von Seite des leitenden preussischen Staatsmannes eine Versattheit verrathen, welche bewundernswürdig wäre, wenn sie einem bessern Zweck zu dienen hätte.

Telegraphische Wechselkurse vom 19. April.

Sperr. Metalliques 85.45. — Sperr. National-Ansehen 61. — Bankaktien 693. — Kreditaktien 130.90. — 1860er Staatsanlehen 74.50. — Silber 105.50. — London 105.50. — R. l. Dulaten 5.08.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

April	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Stimmels	Niederschlag in Pariser Linien
19.	6 U. Mg.	326.08	+ 8.4	Windstill	heiter	0.00
2	„ N.	325.54	+ 17.6	NW. mäßig	theilw. bew.	0.00
10	„ Ab.	325.94	+ 10.6	NW. mäßig	heiter	0.00

Schöner Morgen und Vormittag. Gegen Mittag Hausenwolken. Nachmittag ziemlich windig. Gegen Abend ganz aufgefheitert. Sanftes Abendroth. Monthof.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Ausweis

über den Rechnungs-Abschluß des krainischen Landes-Museums für das Solarjahr seit 1. Jänner bis letzten Dezember 1865.

Prof. Dr.	Detailirung	Geld darstellende Arkunden als Stammvermögen									
		Barschaft		Öffentliche Obligationen		Privat-Obligationen		Sparkasse-Büchel			
		fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.		
	Empfänge.										
1	Rant der durch die Zeitung veröffentlichten Kundmachung war der Musaalvermögensstand mit letztem Dezember 1864	686	62	16677	—	2940	—	1387	4		
	In 1865.										
2	An Interessen von Aktivkapitalien	957	384	—	—	—	—	—	—		
3	„ Beiträgen	84	—	—	—	—	—	—	—		
4	„ Vermächtnissen und Legaten	157	50	—	—	—	—	—	—		
5	„ verschiedenen Empfängen	13	45	—	—	—	—	—	—		
6	„ Interimsempfängen	13	124	—	—	—	—	—	—		
7	„ zurückbezahlten Interimsausgaben	26	25	—	—	—	—	—	—		
8	„ neu angelegten Kapitalien	—	—	840	—	—	—	56	2		
	Empfangs-Summa	1938	33	17517	—	2940	—	1443	6		
	Ausgaben.										
9	Auf Befoldungen, Wohnung und Deputate	97	25	—	—	—	—	—	—		
10	„ Beheizung, Beleuchtung und Reinhaltung	46	34	—	—	—	—	—	—		
11	„ Schreibmaterialien	15	80	—	—	—	—	—	—		
12	„ Postporto	—	9	—	—	—	—	—	—		
13	„ Inventarialgeräthschaften und Reparationen	123	38	—	—	—	—	—	—		
14	„ verschiedene Ausgaben	409	44	—	—	—	—	—	—		
15	„ Interimsausgaben	31	50	—	—	—	—	—	—		
16	„ neu angelegte Kapitalien	724	—	—	—	—	—	—	—		
17	„ Durchführungen	26	25	—	—	—	—	—	—		
	Ausgaben-Summa	1474	5	—	—	—	—	—	—		
	Wenn von den Empfängen per die obigen Ausgaben abgezogen werden mit	1938	33	17517	—	2940	—	1443	6		
	so zeigt sich mit Ende 1865 ein Musaalvermögensstand von	1474	5	—	—	—	—	—	—		
		464	28	17517	—	2940	—	1443	6		

Anmerkung. Der Rest von 464 fl. 28 kr. dient zur Befreiung der 1866er Kurrentauslagen, der allfällige Ueberschuß aber wird kapitalisirt werden.

Die Detailrechnung kann von den Museumsinteressenten bei dem Musealkassier und Rechnungsführer Michael Pregl eingesehen werden.

Laibach, am 30. März 1866.